

Information zur Verarbeitung Ihrer Beschäftigtendaten

Hiermit informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Stadtverwaltung Bingen am Rhein und die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Rechte.

1. Verantwortliche für die Verarbeitung Ihrer Daten

Stadtverwaltung Bingen am Rhein
Personalabteilung
Burg Klopp
55411 Bingen am Rhein
Telefon: 06721 184-124
E-Mail: personalabteilung@bingen.de

2. Beauftragte für den Datenschutz

Stadtverwaltung Bingen am Rhein
Behördliche Datenschutzbeauftragte
Burg Klopp
55411 Bingen am Rhein
Telefon: 06721 184-623
E-Mail: datenschutz@bingen.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Vom Beschäftigtendatenschutz sind folgende Personen erfasst:

- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, einschließlich der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter im Verhältnis zum Entleiher
- Beamtinnen und Beamte
- Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten
- Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie der Abklärung der beruflichen Eignung oder Arbeitserprobung (Rehabilitandinnen und Rehabilitanden)
- Beschäftigte in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen
- Freiwillige, die einen Dienst nach dem Jugendfreiwilligendienstgesetz oder dem Bundesfreiwilligendienstgesetz leisten
- Personen, die wegen ihrer wirtschaftlichen Unselbständigkeit als arbeitnehmerähnliche Personen anzusehen sind; zu diesen gehören auch die in Heimarbeit Beschäftigten und die ihnen Gleichgestellten
- Zivildienstleistende
- Bewerberinnen und Bewerber für ein Beschäftigungsverhältnis
- Personen, deren Beschäftigungsverhältnis beendet ist

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der Bestimmungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO), des Landesdatenschutzgesetzes (LDSG) sowie aller weiteren maßgeblichen Gesetze (z.B. ArbZG, etc.).

- a) In erster Linie dient die Datenverarbeitung der Begründung, Durchführung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses. Die vorrangige Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Abs. 1 b) DS-GVO i.V.m. § 20 Abs. 1 LDSG. Daneben können Kollektivvereinbarungen (Gesamt- und Betriebsvereinbarungen, Dienstvereinbarungen sowie tarifvertragliche Regelungen) gem. Art. 6 Abs. 1 b) i.V.m. Art. 88 Abs. 1 DS-GVO i.V.m. § 20 Abs.1 LDSG sowie ggf. Ihre gesonderten Einwilligungen gem.

Art. 6 Abs. 1 a), 7 DS-GVO i.V.m. § 20 Abs. 2 LDSG (z. B. bei Videoaufnahmen) als datenschutzrechtliche Erlaubnisvorschrift herangezogen werden.

- b) Ihre Daten verarbeiten wir auch, um unsere rechtlichen Pflichten als Arbeitgeber insbesondere im Bereich des Steuer- und Sozialversicherungsrechts erfüllen zu können. Dies erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 c) DS-GVO i.V.m. § 20 LDSG.
- c) Soweit erforderlich verarbeiten wir Ihre Daten zudem auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 f) DS-GVO, um berechnete Interessen von uns oder von Dritten (z. B. Behörden) zu wahren. Dies gilt insbesondere bei der Aufklärung von Straftaten und der Datenverarbeitung zu statistischen Zwecken.

Soweit **besondere Kategorien personenbezogener Daten** gem. Art. 9 Abs. 1 DS-GVO verarbeitet werden, dient dies im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses der Ausübung von Rechten oder der Erfüllung von rechtlichen Pflichten aus dem Arbeitsrecht, dem Recht der sozialen Sicherheit und dem Sozialschutz (z.B. Angabe von Gesundheitsdaten gegenüber der Krankenkasse, Erfassung der Schwerbehinderung wegen Zusatzurlaub und Ermittlung der Schwerbehindertenabgabe). Dies erfolgt auf Grundlage von Art. 9 Abs. 2 b) DS-GVO i.V.m. § 20 Abs. 3 LDSG. Zudem kann die Verarbeitung von Gesundheitsdaten für die Beurteilung Ihrer Arbeitsfähigkeit gem. Art. 9 Abs. 2 h) DS-GVO erforderlich sein.

Daneben kann die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten auf einer Einwilligung nach Art. 9 Abs. 2 a) DS-GVO beruhen (z.B. betriebliches Gesundheitsmanagement).

Sollten wir Ihre personenbezogenen Daten für einen oben nicht genannten Zweck verarbeiten wollen, werden wir Sie zuvor darüber informieren.

Folgende Daten werden von uns zur Durchführung des Arbeitsverhältnisses / Dienstverhältnisses erforderlich:

Zu den verarbeiteten personenbezogenen Daten gehören insbesondere Ihre Stammdaten (wie Vorname, Nachname, Namenszusätze, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit und Personalnummer), Kontaktdaten (etwa private Anschrift, (Mobil-)Telefonnummer, E-Mail-Adresse), die bei der Nutzung der IT-Systeme anfallenden Protokolldaten, Zeugnisse über den Berufsabschluss und Lehrgangsteilnahmen, Arbeitszeugnisse, Abmahnungen / Ermahnungen sowie weitere Daten aus dem Beschäftigungsverhältnis (z.B. Zeiterfassungsdaten, Urlaubszeiten, Arbeitsunfähigkeitszeiten, AU-Bescheinigungen, ggf. Vorstrafen, Sozialdaten (Familienstand, evtl. Kinder, evtl. Schwerbehinderung), Ehrenämter (soweit sich daraus Freistellungsansprüche ergeben), Nebentätigkeiten, Führerscheindaten (Nutzung Dienstwagen), ggf. KFZ-Kennzeichen, Bankverbindung, Sozialversicherungsnummer, ZVK-Versicherungsnummer, VK-Nummer, Rentenversicherungsnummer, Gehaltsdaten, ggf. Pfändungen / Abtretungen, VWL-Verträge, Steuerklasse, steuerliche Freibeträge sowie die Steueridentifikationsnummer). Hierunter können auch besondere Kategorien personenbezogener Daten wie Gesundheitsdaten sowie die Religionszugehörigkeit fallen.

Ihre personenbezogenen Daten werden in aller Regel direkt bei Ihnen im Rahmen des Einstellungsprozesses oder während des Beschäftigungsverhältnisses erhoben und sind Inhalte Ihrer Personalakte, in die (eigene Akte) alle Beschäftigte Einsicht nehmen können. In bestimmten Konstellationen werden aufgrund gesetzlicher Vorschriften Ihre personenbezogenen Daten auch bei anderen Stellen erhoben. Dazu gehören insbesondere anlassbezogene Abfragen von steuerrelevanten Informationen beim zuständigen Finanzamt sowie Informationen über Arbeitsunfähigkeitszeiten bei der jeweiligen Krankenkasse.

Daneben können wir Daten von Dritten (z.B. Stellenvermittlung) erhalten haben. Zudem verarbeiten wir tätigkeitsbezogene Leistungsdaten sowie Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen (z.B. beruflichen Netzwerken) zulässigerweise gewonnen haben.

4. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Innerhalb unserer Behörde erhalten nur die Personen und Stellen (z.B. Fachbereich, Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte, Schwerbehindertenvertretung) Ihre personenbezogenen Daten, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen. Zusätzlich bedarf die Einstellung, Eingruppierung und Ernennung eines Beamten ab dem dritten Einstiegsamt sowie die Einstellung und Eingruppierung eines vergleichbaren Arbeitnehmers gemäß § 47 Abs. 2 GemO die Zustimmung des Personalausschusses. Hierfür werden Ihre personenbezogenen Daten an den Personalausschuss übermittelt.

Gegebenenfalls müssen wir Ihre Daten im Falle eines Konkurrentenrechtsstreits offenlegen.

Innerhalb unserer Behörde werden Ihre Daten an bestimmte Unternehmen übermittelt, wenn diese Datenverarbeitungsaufgaben für uns wahrnehmen (z.B. Gehaltsabrechnung, Entsorgung von Akten).

Darüber hinaus können wir Ihre personenbezogenen Daten an weitere Empfänger außerhalb der Behörde übermitteln, soweit dies zur Erfüllung der vertraglichen und gesetzlichen Pflichten als Arbeitgeber erforderlich ist. Dies können z.B. sein:

- Behörden (z.B. Rentenversicherungsträger, berufsständische Versorgungseinrichtungen, Sozialversicherungsträger, Finanzbehörden, Gerichte)
- Bank des Mitarbeiters (SEPA-Zahlungsträger)
- Annahmestellen der Krankenkassen
- Stellen, um Ansprüche aus der betrieblichen Altersversorgung gewährleisten zu können
- Stellen, um die vermögenswirksamen Leistungen ausbezahlen zu können
- Drittschuldner im Falle von Lohn- und Gehaltspfändungen
- Insolvenzverwalter im Falle einer Privatinsolvenz

Übermittlung der Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation

Unsere Datenverarbeitung findet in Deutschland und in der EU statt, eine Übermittlung der Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation findet nicht statt.

5. Dauer der Speicherung

Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten, sobald sie für die oben genannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses werden Ihre personenbezogenen Daten gespeichert, solange wir dazu gesetzlich verpflichtet sind. Dies ergibt sich regelmäßig durch rechtliche Nachweis- und Aufbewahrungspflichten, die unter anderem im Handelsgesetzbuch und der Abgabenordnung sowie im Sozialversicherungsrecht geregelt sind. Die Speicherfristen betragen danach bis zu zehn Jahre. Außerdem kann es vorkommen, dass personenbezogene Daten für die Zeit aufbewahrt werden, in der Ansprüche gegen uns geltend gemacht werden können (gesetzliche Verjährungsfrist von drei oder bis zu dreißig Jahren).

6. Betroffenenrechte

Sie können unter der o.g. Adresse **Auskunft** über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten verlangen. Darüber hinaus können Sie unter bestimmten Voraussetzungen die **Berichtigung** oder die **Löschung** Ihrer Daten verlangen. Ihnen kann weiterhin **ein Recht auf**

Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten sowie ein **Recht auf Herausgabe der von Ihnen bereitgestellten Daten** in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zustehen.

Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, einer Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu Zwecken der Direktwerbung ohne Angabe von Gründen zu widersprechen. Verarbeiten wir Ihre Daten zur Wahrung berechtigter Interessen, können Sie dieser Verarbeitung aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, widersprechen. Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

7. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Im Rahmen Ihrer Beschäftigung müssen Sie diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Begründung, Durchführung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses und der Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir nicht in der Lage sein, den Arbeitsvertrag mit Ihnen durchzuführen.

8. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Die für uns zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz
und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Hintere Bleiche 34
55116 Mainz

Kontaktdaten:

Telefon: 06131 208-2449

Telefax: 06131 208-2497

Website: www.datenschutz.rlp.de

E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de